

Warum Politik Energiearmut verhindern sollte

Forschungsprojekt will zeigen, die Bevölkerung unbeliebte, aber sinnvolle Maßnahmen gegen die Klimakrise besser akzeptiert

Der größte Treiber der Energiewende ist derzeit nicht die Klimakrise, sondern der Krieg in der Ukraine: Die Energiepreise sind auf Rekordniveau. Das bringt jene Haushalte in Bedrängnis, die bereits in Vorkrisen-Zeiten unter Energiearmut litten. An der Universität Passau erforschen Nachwuchsökonominnen, welche Haushalte in Deutschland von Energiearmut besonders betroffen sind und was es braucht, damit die Bevölkerung unbeliebte, aber sinnvolle Maßnahmen gegen die Klimakrise besser akzeptiert.

Genau diese Haushalte hat Katharina Drescher erforscht, um herauszufinden, welche Faktoren Energiearmut befördern. Dazu hat die Nachwuchsökonomin am Lehrstuhl für Public Economics an der Universität Passau (Prof. Dr. Stefan Bauernschuster) gemeinsam mit ihrem Kollegen Benedikt Janzen von der Universität Bern Daten des sozio-ökonomischen Panels von 2013 bis 2019 ausgewertet. In Deutschland gibt es keine klare Definition für Energiearmut. Einer von mehreren untersuchten Anhaltspunkten aber ist die Zehn-Prozent-Regel: Demnach gelten Haushalte als energiearm, wenn sie mehr als zehn Prozent ihrer Einkünfte für Energiekosten ausgeben müssen. Dies traf 2019 in Deutschland auf 17 Prozent der Haushalte zu, das sind ungefähr sechs Millionen.

Überproportional von Energiearmut betroffen waren jene Gruppen, die allgemein ein erhöhtes Armutsrisiko tragen: Alleinerziehende, Arbeitslose und Personen mit niedrigem Bildungsniveau. Bei Energiearmut komme noch ein weiterer Faktor hinzu: Eine energieineffiziente Wohnung oder auch die Nutzung von Elektro- und Ölheizungen erhöhen dem Forschungsteam zufolge das Risiko, von Energiearmut betroffen zu sein.

"Wer einmal in der Vergangenheit als energiearm eingestuft wurde, trägt ein erhöhtes Risiko, erneut in die Energiearmut abzurutschen", fasst Ökonomin Drescher das Ergebnis ihrer Studie zusammen. Zwar schaffte es in Vorkrisenzeiten die überwiegende Mehrheit der Haushalte im beobachteten Zeitraum aus der Energiearmut. 14 Prozent der energiearmen Haushalte aber war dem Autoren-Team zufolge von chronischer Energiearmut betroffen.

"Die Politik sollte verhindern, dass Haushalte in die Situation der Energiearmut kommen", rät Drescher. Selbst wenn die Maßnahmen kostspielig seien, lohne sich dies auf lange Sicht. Denn Energiearmut habe weitere, gesundheitliche Folgen: Studien zeigten, dass beispielsweise Kinder verstärkt unter Atemwegserkrankungen litten; ältere Menschen trügen ein erhöhtes Sterberisiko.

Noch aus einem anderen Grund sollte die Politik darauf setzen, Härten auszugleichen, die durch hohe Energiepreise entstehen. Denn das erhöht bei den betroffenen Gruppen die Akzeptanz von unbeliebten Maßnahmen. Das ist ein Ergebnis der Studie, die Dreschers Kollegin Geske Rolvering durchgeführt hat. Rolvering, ebenfalls Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Public Economics, untersuchte, was die Deutschen von der CO₂-Bepreisung halten. Dazu hat sie gemeinsam mit Verhaltensökonomin Fabienne Cantner vom TUM Campus Straubing eine repräsentative Umfrage mit 2936 Teilnehmenden im Dezember 2020 durchgeführt, also kurz bevor die CO₂-Steuer im Januar 2021 eingeführt wurde.

Die Einstellung zur Maßnahme geht mit der politischen Präferenz einher: Personen, die die Einführung des CO₂-Preises befürworteten, gehörten überwiegend der Grünen-Wählerschaft an. Auch verzeichnet die Zustimmung zur CO₂-Bepreisung einen Zuwachs bei höherem Einkommen. Doch insgesamt stieß die Maßnahme eher auf Ablehnung, obwohl ein Großteil der Befragten angab, sich des Klimawandels bewusst und darüber besorgt zu sein. "Besonders auffällig war auch, dass viele der Befragten Nachteile, aber keine Vorteile der CO₂-Abgabe aufzählen konnten. Dabei sind sich Ökonomen mehrheitlich einig, dass die Maßnahme sinnvoll ist", sagt Rolvering.

Im nächsten Schritt wollten die Forscherinnen wissen, ob sich mit Hilfe von Informationen die ablehnende Haltung überwinden lässt. Die Antwort: Ja. Die Forscherinnen erhoben die Zustimmung zum CO₂-Preis auf einer Skala von 1 bis 7. Im Schnitt lag diese bei 3,78. "Die Zustimmung erhöhte sich um 0,12 Punkte auf 3,90, wenn man die Intuition der CO₂-Bepreisung erläuterte, nämlich, dass dahinter das Verursacherprinzip steckt - wer der Umwelt schadet, soll dafür auch bezahlen", erklärt Rolvering. Vergleiche Deutschlands mit dem Schadstoffausstoß anderer Länder führten zu einem ähnlichen Effekt. Keinerlei Wirkung erzielten Informationen bei Klimawandel-Skeptikern.

Quelle: Passauer Neue Presse vom 05.05.2022, Seite 22

Ressort: Lokales Passau Stadt

Dokumentnummer: 29 95433184

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.wiso-net.de/document/PNP__3b5b593861b6d599ff6ccd63f4d2374c8a0ccada
Alle Rechte vorbehalten: (c) Neue Presse Verlags-GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH